

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

FPÖ: „Soziale Heimatpartei“ in der „Festung Österreich“?

Damit wirbt die FPÖ. Doch wie auch bei anderen Parteien, so ist auch bei der FPÖ nach der Wahl alles anders als vor der Wahl.

Das zeigte sich jüngst in Salzburg. Wie in Niederösterreich wollten ÖVP und FPÖ nie und nimmer miteinander zusammen regieren, beschimpften und bekämpften sich auf unterstem Niveau bis aufs Messer. Dann Wahltag. ÖVP verlor, FPÖ gewann. NÖ-Mikl-Leitner und Salzburgs Haslauer wurden schnell mit FP-NS-Liederbuch-Germanie-Affären-Landbauer bzw. FP-Svazek einig. FP-Landbauer und FP-Svazek wurden gleich LH-Stellvertreter:in.

Wie schaut nun im Land der Festung Hohensalzburg zum Beispiel die „soziale Heimat-Festungspolitik“ der FPÖ aus? Bildet die FPÖ-Politik „eine feste Burg“ für das Volk gegen die Begehrlichkeiten der Konzerne? Nein, im Gegenteil: Als LH Haslauer, gleichzeitig Aufsichtsratschef der Salzburg AG, bald nach den Landtagswahlen die Verdoppelung des Gaspreises von 5,98 Cent auf 11,88 Cent bekannt gab, bekam er sofort Schützenhilfe von seiner FP-Stellvertreterin Svazek. Sie sprach von einer Notwendigkeit der Erhöhung und dass man „Maßnahmen entwickeln werde, um Härtefälle abzusichern“ (Salzburger Nachrichten, 24.8.2023). Hier geht Svazek genauso vor wie die Bundesregierung oder auch Wien. Die von der FPÖ sonst so kritisierten Einmalzahlungen sind jetzt auch in Salzburg „die Lösung“. Man sieht also auch die FPÖ regiert nach dem Motto: Die Konzerne schonen, das Volk belasten.

Zuerst mit der FPÖ regieren, dann vor ihr „warnen“?

In den letzten Wochen haben alle Regierungs- und Oppositionsparteien mehr oder weniger vor einer FPÖ-Regierung gewarnt bzw. eine Koalition mit ihr bzw. mit Kickl ausgeschlossen. Gut so. Denn was mit der FPÖ droht, haben ja schon die Koalitionen mit ihr gezeigt. Besonders FP-Kickl als Innenminister unter Kurz (2017-2019), zeigte was uns blüht, wenn sich zwei Rechtsparteien wie ÖVP und FPÖ um die Macht streiten, insbesondere um Macht und Befugnisse bei der „Inneren Sicherheit“, also bei „Staatssicherheit“, Polizei- und Überwachungsstaat.

Wie die FPÖ mit Kritikern umgeht, selbst wenn sie bloß karbaretistisch unterwegs sind, ist alarmierend und zeigt beispielhaft der Würgegriff der FP-Security am ORF-Journalist Peter Klien.

Ganz bewusst auch bringt die FP immer wieder Nazi-Versatzstücke ins Spiel und lässt ihre FP-Jugend ein diesbezügliches Video machen. Kickl höchstpersönlich lobt und verharmlost in ORF die rechts-rechten faschistischen Identitären als NGO. Kein Wunder, sprach Kickl doch 2016 höchstpersönlich auf deren Kongress.

Mit dem Volk hat der selbsternannte „Volkskanzler“ nichts im Sinn

Und nichts Gutes vor. Das zeigen nicht nur die aktuellen Vorfälle und die ÖVP-FPÖ-Landesregierungen, sondern das zeigt auch die „Sozial- und Gesellschaftspolitik“ der FP seit

Jahrzehnten:

Vorgelassen für „die Österreicher“ zu sein, wird gegen Ausländer, Zuwanderer und – egal ob In- oder Ausländer –, gegen Arbeitslose, Sozialhilfebezieher, Arme, Frauen usw. gehetzt. Tatsächlich wird auch von der FPÖ für die Reichen Politik gemacht und mit Industrie und Konzernen gepackelt, der Sozialstaat bekämpft und zerstört, Aufrüstung und Militarisierung im Rahmen der EU/NATO gefördert. Die Negativliste würde viele unserer Zeitungen füllen.

Bei allen bisherigen Regierungseteiligungen im Bund war die FPÖ immer Mehrheitsbeschaffer für die ÖVP-Politik des Sozialabbaus, des wirtschaftlichen Ausverkaufs, des Demokratieabbaus, der NATO-Annäherung, der EU-Militär- und Kriegsaufrüstung und damit der Neutralitäts-Aushöhlung. Und die ÖVP der Türöffner für die FPÖ zu den Machtrögen. Hier nur einige Beispiele aus den vier vergangenen Jahrzehnten:

Unter SPÖ-Sinowatz mit FP-Steger 1983-1986

- Beginn mit der Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie/Voest im Interesse der Privatwirtschaft

Unter ÖVP-Schüssel und FP-Riess-Passer 2000-2006 mit FP/BZÖ-Haider & Co

- durch von FP-Grasser (später Wechsel zur ÖVP) Vollprivatisierung und Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie an die Privatwirtschaft;
- „Pensionsreform“ mit 30% Verlust für die künftigen Pensionist:innen

im Interesse der privaten Versicherungskonzerne;

- durch FP-Verteidigungsminister Scheibner Eurofighter-Kauf, NATO-Annäherung und Untergrabung der Neutralität im Interesse der NATO- und der EU-Rüstungsindustrie (EADS)

Unter ÖVP-Kurz und FP-Strache 2017-2019

- durch FP-Innenminister Kickl, der das schwarze Machtkartell in Polizei und Überwachung in einen blau-braunen Polizei- und Überwachungsstaat umfärben und überführen wollte. Dabei ging es nicht um „mehr Sicherheit“ für die Bevölkerung, sondern darum, im BVT eigene Leute zu installieren und an Infos zu Rechtsextremen und Verbindungen zur FP zu gelangen
- mit Hilfe von FP-Strache Einführung des 12-Stunden-Tag und der 60-Stundenwoche im Interesse der Industrie
- durch FP-Sozialministerin Hartinger-Klein Umbau und Umfärbung der Sozialversicherung, womit die Unternehmer und die ÖVP mittels der Wirtschaftskammer die Mehrheit in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung (ÖGK) erhielten
- durch FP-Verteidigungsminister Kunasek weiterer Abbau der Neutralität durch weiteren Ausbau von Österreichs Beteiligung am EU-Militär- und Kriegsausrüstungsprogramm PESCO

Die Rechtsentwicklung kommt nicht von unten, sie wird von oben gefördert und finanziert

Die Förderer sind die etablierten Parteien mit ihren Finanziers aus „der Mitte“, die Unternehmer, Bosse, Reichen, Konzerne und Industrie.

Was alle Parteien gemeinsam haben, sozusagen als ihr „Kapital“, das sind zunächst die Wähler:innen. Das Wiedererstarken der FP in der Gunst der immer weniger werdenden Menschen, die bereit sind beim Wahltheater mitzumachen (Wahlbeteiligung ging seit den 1970er Jahren von 90 % und mehr auf derzeit 65 bis 75% zurück), ist die Schwäche der anderen

Parteien, die immer weniger Wähler bewegen, geschweige bei der Stange halten können.

Die Menschen glauben den Versprechungen der diversen Parteien immer weniger. Das versucht die FP und Kickl zu nutzen und sich als „*letzte Hoffnung für dieses Land*“ (Krone, 8. 10. 2023) für die Wähler:innen hinzustellen. So hofft FP-Kickl mit 30% Wählern bei z.B. 75% Wahlbeteiligung = ca. 22% der Wahlberechtigten, Erster zu werden. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist das nicht. Doch möglicher Erster zu werden setzt Kickl und seine Werbestrategen absichtlich mit „Mehrheit der Bevölkerung“ gleich. Und die Medien machen dieser Lüge durch ständige Wiederholung zur angeblichen „Wahrheit“. Warum?

Da die FP die wirklichen Verursacher der Misere für die Menschen, die Profitwirtschaft und die Konzerne, auch nicht benennt und somit schützt, kommt sie den Herrschenden und ihren Medien in der jetzigen Situation, wo die anderen Parteien abgewirtschaftet haben, zurecht. Die FP bietet sich in Wirklichkeit als „letzte Hoffnung“ für das Kapital an. Wie?

Da ist die Pressekonferenz von FP-Kickl mit der deutschen AfD-Chefin Alice Weidel erleuchtend. Weidel empörte sich über den deutschen Verfassungsschutz, der durch bestehende und geplante Verbote der AfD, weil: Wir sind „Parteien, die Millionen von Wählern binden ...“ (ORF, Ö1 Mittagsjournal, 19.9.2023).

„Wählerbindung“

Das ist das Zauberwort. Diese Aussage der Rechten ist verräterisch weil sie entlarvt, was die angebliche „Alternative“ AfD oder die FP als „letzte Hoffnung“, so wirklich vorhaben: Appell an die Kapitalisten, also die wirklich Herrschenden, eben nicht an die gerade regierenden Politeliten, dass AfD bzw. FP es für das Kapital richten könnten, nämlich: Millionen von Wählern „zu binden“. Das heißt, zu schauen, dass die Menschen, die zunehmend durch die Profitwirtschaft unter Druck kommen nicht nach links gehen, nicht gegen das Kapital rebellieren. AfD und FPÖ bieten sich an,

die Wut zu kanalisieren, die Wütenden zu „binden“. Sie bieten und biedern sich an als „Millionen-Wähler-Binder“ (Kleber) für die Konzernbosse. Für den Fall, dass der bisherige Politik-Vertretungs-Schmäh, der bisherige Politi-Kleber, nicht mehr funktioniert. Dass die Rechten da nicht zimperlich sind und ihre rechten Stoßtrupps und Security aber auch Personal und Mittel der Institutionen der „inneren Sicherheit“ einzusetzen bereit sind, das zeigte die Innenministerschaft Kickls schon einmal – und das war erst ein Anfang.

Knüppel aus dem Sack gegen Gewerkschaften, Betriebsräte, Linke, Protest, Widerstand und Streik

Während trotz aller Wahl- und Parteiwechsel, trotz aller Krisen und Kriege die Profite der Konzerne wuchsen und der Reichtum und das Vermögen einiger Weniger immer mehr werden, haben sich die Lebensbedingungen und der Wohlstand der Masse der Bevölkerung stetig und in letzter Zeit beängstigend schnell verschlechtert.

Und hilft nicht mehr die „Sozialpartnerschaft“ die Menschen auszu-beuten und ruhig zu halten, dann sollen die Rechten a la FPÖ in Österreich oder AfD in Deutschland die „Wählerbindung“ betreiben. Mit einer Politik der Ablenkung, der Spaltung, des „teile und herrsche“, die in eine Politik des „Knüppel aus dem Sack“ mündet und sich schließlich gegen alle arbeitenden Menschen richtet. Das endet in einem autoritären Staat, in einem autoritären, letztlich faschistischen System.

Und die sich jetzt noch als in der „Mitte stehend“ gebenden Konservativen? Die biedern sich an die Rechten an. Aber auch SPÖ-, AK- und ÖGB-Spitzen geben den Forderungen von Industrie und Rechten nach, statt dagegen zu kämpfen. Das ist nötig und möglich, wenn sie sich mit den Menschen verbinden, diese aufklären, mobilisieren und ermutigen bei voller Unterstützung durch AK und ÖGB sich gemeinsam zu wehren. Allein der Appell „Wählt uns, dann seid ihr vor den Rechten sicher“, zieht immer weniger oder gar

nicht mehr. Und vor allem:

Gemeinsam mit anderen aktiv werden ist erforderlich

Wählen alleine hilft nicht. Die jahrzehntelange Politik im Interesse des Kapitals macht die Menschen mürbe und bringt die Rechten an die Macht. Der Fisch beginnt beim Kopf zu stinken. Die Profitwirtschaft verursacht Wirtschaftskrisen mit Teuerung und Armut, Klimakrise mit Zerstörung von Natur und Umwelt und Krieg mit Hunderttausenden Toten, mitsamt der Gefahr der atomaren Vernichtung. Auch die sich jetzt als Alternative aufspielenden Rechtsparteien a la FPÖ sind Teil dieser tödlichen Machenschaften auf Kosten der Masse der Bevölkerung.

Diese Entwicklung stoppen – eine andere Zukunft erkämpfen

All diese Entwicklungen geben tatsächlich Anlass zu Unbehagen und Angst vor Schlimmerem. Doch Angst ist kein guter Berater, Ärger, Wut oder Empörung sind verständlich und berechtigt, doch letztlich nicht zielführend. Drängen und ermutigen wir die Vertreter:innen der arbeitenden Menschen vom Betriebsrat über Gewerkschaften, AK, ÖGB, SPÖ, Jugend- und Pensionistenverbände, Klimaschutz- und Friedensorganisationen dazu, aktiv zu werden, ihre Mitglieder zu organisieren. Erheben wir uns – gemeinsam und selbständig – niemand anders wird für unsere Lebensinteressen eintreten. Von „denen da oben“ ist nichts zu erwarten. Die denken nur an ihr eigenes Profit-Überleben.

**Aus: Solidarität – unsere Chance“,
Nr. 164/2023 www.prosv.at**